

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

Strukturwandel der Gewerkschaften der USA?

Die amerikanischen Gewerkschaften sind — so will es nach den Ereignissen der letzten Monate scheinen — in ein neues Stadium ihrer Entwicklung eingetreten. Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl im November vergangenen Jahres und der durch den Tod der Vorsitzenden des CIO und der AFL verursachte Vorstandswechsel lassen eine Umwälzung und eine Schwergewichtsverlagerung — in politischer und organisatorischer Hinsicht — möglich erscheinen. Durch den Sieg der Republikaner wurde zunächst der Eindruck erweckt, als ob das gute Einvernehmen zwischen Regierung und Gewerkschaften vorüber sei. Man fürchtete ein Überhandnehmen der gewerkschaftsfeindlichen Einflüsse der Taftgruppe und damit eine Zuspitzung der innenpolitischen Lage. Nun hat aber der neue Präsident einen Gewerkschafter und Anhänger der demokratischen Partei zum Arbeitsminister ernannt: *Martin P. Durkin*, den Präsidenten der Klempnergewerkschaft in der AFL. Es ist das erste Mal seit 20 Jahren, daß ein Gewerkschafter mit einem Kabinettsposten betraut wurde. Diese unerwartete und teilweise scharf kritisierte Entscheidung öffnete den Gewerkschaften wieder einen direkten Zugang zum Weißen Haus. Die gewerkschaftliche Zusage, mit dem neuen Arbeitsminister loyal zusammenzuarbeiten, wird außerdem dazu beitragen, sozialen Spannungen größeren Ausmaßes von vornherein ihre Schärfe zu nehmen. Was *Stevenson* im Wahlkampf versprochen hat, nämlich das Taft-Hartley-Gesetz in einer für alle Beteiligten annehmbaren Weise abzuändern, wird nun der demokratische Gewerkschafter Durkin als republikanischer Arbeitsminister in die Tat umzusetzen versuchen.

Eine stärkere Politisierung der amerikanischen Gewerkschaften kündigt sich in der Wahl zweier politisch eindeutiger profilierter Persönlichkeiten als Präsidenten der beiden großen Verbände an: Die American Federation of Labour (AFL) wählte am 26. November 1952 *George Meany* zu ihrem neuen Vorsitzenden. Präsident des Congress of Industrial Organisation (CIO) wurde am 4. Dezember 1952 *Walter P. Reuther*. Sowohl *Philip Murray*, der am 9. November einem Herzschlag erlegene Präsident des CIO, als auch *William Green*, der am 21. Nov. verstorbene Vorsitzende der AFL, waren Vertreter einer im Grunde unpolitischen Haltung der Gewerkschaften, deren Aufgaben sie auf den „traditionellen“ Rahmen des Kampfes um eine Besserung der wirtschaft-

lichen Verhältnisse der Arbeitnehmer beschränkt wissen wollten — allerdings traten beide bei der letzten Präsidentschaftswahl offiziell für den demokratischen Kandidaten *Stevenson* ein, womit sie ihre parteipolitische Neutralität aufgegeben haben.

Der Führungswechsel hat in amerikanischen Gewerkschaftskreisen die Hoffnung bestärkt, daß es jetzt gelingen werde, die Frage der Wiedervereinigung der beiden Organisationen zu lösen. Die neuen Vorsitzenden haben sich erboten, von ihren Posten zurückzutreten, wenn dadurch die Fusion des CIO mit der AFL gefördert würde. Die Gelegenheit war noch nie so günstig wie gegenwärtig: Trotz der Ernennung eines Gewerkschafters zum Arbeitsminister im Kabinett *Eisenhower* lastet ein politischer Druck auf der amerikanischen Arbeiterbewegung, da Senator *Taft* nach wie vor einer der einflußreichsten Männer der republikanischen Partei ist und — man darf sich durch die Schalmeienklänge aus seinem Lager nicht täuschen lassen — kaum geneigt sein wird, seine antigewerkschaftliche Politik aufzugeben. Hinzu kommt, daß die Trennungsmomente zwischen den beiden Verbänden immer mehr in den Hintergrund treten. Der organisatorische Aufbau — der eigentliche Grund der Spaltung — ist in keinem der beiden noch rein erhalten. Die AFL hat heute nur noch etwa 20 vH ihrer Mitglieder in reinen Berufsverbänden erfaßt, die anderen sind in Industrieverbänden oder halbindustriellen Verbänden zusammengeschlossen. Der CIO wiederum besitzt eine ganze Reihe ausgesprochener Berufsverbände, so daß große Aussicht besteht, eine Einigung herbeizuführen. In der Wirtschafts-, Innen-, Außen- und Sozialpolitik haben sich noch nie große Differenzen ergeben. Mit einem geschlossenen Block von 14 Millionen organisierten Arbeitern müßte *Eisenhower*, müßte vor allen Dingen der Kreis um Taft rechnen. *Eisenhower* hat vorgebeugt. Er hat sich von vornherein auf die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften eingestellt.

Philip Murray †

Philip Murray wurde 1886 in Schottland geboren. Er war zehn Jahre alt, als er mit seinem Vater zum ersten Male in ein Bergwerk zur Arbeit einfuhr. 1902 wanderte er in die Vereinigten Staaten aus. Im Jahre 1912 wurde er in den Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft gewählt. 1920 wurde er ihr zweiter Vorsitzender, was er bis 1942 blieb. Als der CIO gegründet wurde, übernahm Murray die Führung der Werbeaktion der Stahlarbeiter und wurde auf ihrem Gründungskongreß 1942 zum Vorsitzenden gewählt. Im gleichen Jahr wurde er Nachfolger *John Lewis'* als Präsident des CIO. Er war eine der treibenden Kräfte, die auf die Gründung einer nicht-

kommunistischen Gewerkschaftsinternationale hindrängten. Als im Jahre 1949 in London der IBFG gegründet wurde, wählten ihn die Delegierten zum Vizepräsidenten.

Unter Murrays Führung wurde der CIO zu einer der bedeutenden Gewerkschaftsorganisationen der Welt. Seine Popularität und seinen Einfluß in der amerikanischen Öffentlichkeit verdankte er aber vor allen Dingen seinen Erfolgen als Präsident der Stahlarbeitergewerkschaft. In dem letzten großen Stahlstreik, der nur einige Monate vor seinem Tod ausgefochten und gegen die Warnung gewonnen wurde, daß der Streik in der Stahlindustrie die Verteidigungskraft der USA schwäche, bezeichnete Murray gerechte Löhne als einen Bestandteil der Landesverteidigung. Er hat sich wiederholt auch für den Marshallplan ausgesprochen und war ein scharfer Gegner aller kommunistischen Erscheinungen. Auf dem 13. Jahreskongreß des CIO forderte er die Rückgabe der vollen Regierungsvollmacht an die Bundesrepublik. Er unterstützte eine großzügige wirtschaftliche und militärische Hilfe der USA für die Länder der freien Welt.

Seine politischen Forderungen wurden auf dem 14. Jahreskonvent des CIO in Atlantic City Anfang Dezember 1952 wiederholt. Die Delegierten setzten sich erneut für die Rückgabe der Souveränität und Unabhängigkeit an die Bundesrepublik und ihre Wiederaufnahme in die westeuropäische Gemeinschaft ein. Der CIO warnte davor, die Tatsache, daß die Produktion in den europäischen Ländern heute höher sei als im Jahre 1938, falsch zu interpretieren. Die erhöhte Produktionskraft sei kein zuverlässiger Beweis für die Fähigkeit Westeuropas, die militärischen Aufgaben zu erfüllen und gleichzeitig wirtschaftliche Zustände aufrechtzuerhalten, die Sicherungen gegen schwerwiegende wirtschaftliche Verschlechterungen und deren politische Folgen seien. Der CIO begrüßte die Bestrebungen zur Bildung einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und die Montanunion.

Der neue CIO-Präsident:

Walter P. Reuther

Auf diesem Konvent wurde nach einem erbitterten Kampf Walter P. Reuther, der Vorsitzende der Automobilarbeitergewerkschaft, zum neuen Präsidenten des CIO gewählt. Sein Gegenkandidat war *Allan Haywood*, der in seinem Amte als Vizepräsident bestätigt wurde. Walter P. Reuther wurde 1907 in West Virginia als Sohn eines deutschen Einwanderers geboren. Er studierte drei Jahre auf der Wayne Universität und begann 1924 seine berufliche Ausbildung als Werkzeugmacherlehrling. Auf einer Fahrradtour mit seinem Bruder Victor lernte er Europa, die Sowjetunion und den Fernen Osten kennen. Als er nach den Ver-

einigten Staaten zurückkehrte, wurde er bald Vorsitzender einer Lokalgewerkschaft. Seine dynamische Persönlichkeit trug ihn im Jahr 1946 an die Spitze der Vereinigten Automobilarbeiter, deren Präsident er seither ist. Seine Kompromißlosigkeit in gewerkschaftlichen und politischen Fragen schuf ihm viele Gegner. Im Jahre 1948 wurde ein Attentat auf ihn verübt, bei dem er schwer verletzt wurde.

Zu Beginn des letzten Krieges legte er der amerikanischen Regierung einen Plan vor, Kriegsflugzeuge in Automobilfirmen in Massenproduktion herzustellen. Dieser Vorschlag ging als „Reuther-Plan“ in die amerikanische Wirtschaftsgeschichte ein. Während des Krieges nahm er — wie auch Murray — eine Reihe von Positionen in Regierungskommissionen ein und war Mitglied des Roosevelt-College. Nach dem Kriege wurde sein Name besonders im Zusammenhang mit dem 113 Tage dauernden Streik (1945/46) gegen die General Motors genannt, dessen Ergebnis bedeutende Lohnerhöhungen und Verbesserungen der Arbeitsbedingungen waren. Starke Aufmerksamkeit erregte die von ihm formulierte Forderung auf „Lohnerhöhungen ohne Preissteigerungen“. Ihren Niederschlag fand diese Politik vor allem in dem 1950 mit den General Motors abgeschlossenen Tarif abkommen, das die Lohnhöhe nach unten jeweils an den offiziellen Lebenshaltungskostenindex bindet.

Reuther ist stark politisch orientiert und steht der Organisation „America for democratic Action“ nahe. Er ist davon überzeugt, daß die organisierte Arbeiterschaft gleichermaßen eine Rolle im politischen wie im wirtschaftlichen Leben ihres Volkes spielen muß. Man darf als sicher annehmen, daß Reuther in der jetzigen republikanischen Ära auf der Seite der demokratischen Opposition eine wichtige Rolle spielen wird. — Zum vorläufigen Nachfolger Murrays als Vorsitzender der Stahlarbeitergewerkschaft wurde der 50jährige Hauptkassierer des Verbandes, *David J. McDonald*, gewählt.

William Green †

William Green wurde 1870 als Sohn eines Bergarbeiters in der kleinen Stadt Coshocton in Ohio geboren. Er war Bergarbeiter wie Murray und fand sehr früh den Weg zu den Gewerkschaften. Mit 18 Jahren schon wurde er zum Sekretär der Coshocton-Bergarbeitergewerkschaft gewählt. 1908 wurde er hauptamtlicher Funktionär und um dieselbe Zeit in den Senat des Staates Ohio gewählt. Ihm sind verschiedene Gesetze zur Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen und für die Einführung einer Unfallversicherung zu verdanken. Nach zwei Amtsperioden als Senator trat Green zurück, um seine ganze Zeit der Bergarbeitergewerkschaft widmen zu können. Schließlich wurde er Hauptkassierer dieser Gewerkschaft und Vize-

Präsident der AFL. Nach dem Tode *Samuel Gompers* im Jahre 1924 wurde er Präsident der AFL. Es ist ein Zeichen des vorbehaltlosen Vertrauens, das er genoß, daß er 28mal wiedergewählt wurde. William Green steuerte die AFL durch viele Stürme. Er war Träger zahlreicher nationaler und akademischer Auszeichnungen. Sowohl von *Roosevelt* wie auch von *Truman* wurde er regelmäßig bei der Behandlung von Arbeiterfragen zu Rate gezogen. Er war Mitglied verschiedener Wirtschaftsberatungskörperschaften. Unter seiner Führung konnte die AFL ihre Mitgliederzahl auf über acht Millionen steigern. Green war ein unerbittlicher Gegner jeder kommunistischen Ideologie und hat alle bolschewistischen Einflüsse in der AFL ausgemerzt. Die AFL ist dem 1945 gegründeten Weltgewerkschaftsbund nicht beigetreten, weil sie richtig voraussah, daß diese Internationale doch nur zu kommunistischen Zwecken ausgenutzt würde. Um so aktiver unterstützte William Green die Gründung eines nichtkommunistischen Bundes. Als im Jahre 1949 der IBFG ins Leben gerufen wurde, wählte man ihn neben Murray zu einem der Vizepräsidenten. Die deutschen Gewerkschaften haben Green besonders zu danken. Er hat ihnen in den ersten Jahren des Neuaufbaus in großzügiger Weise materielle und ideelle Hilfe zuteil werden lassen.

Der neue AFL-Präsident: George Meany

Die Frage der Nachfolge Greens wurde sehr schnell gelöst. Der bisherige Hauptkassierer des Verbandes, George Meany, die rechte Hand des verstorbenen Präsidenten, wurde vom Exekutivrat zum neuen Vorsitzenden bestellt. Meany leitete die AFL in den letzten Jahren praktisch schon allein, weil Green infolge seines Alters die Leitung immer mehr in jüngere Hände legen mußte. Meany ist 58 Jahre alt. Er begann seine berufliche Laufbahn 1910 als Lehrling bei einem Installateur in seinem Geburtsort New York und legte nach einigen Jahren die Meisterprüfung ab. Seit 1912 ist er aktiver Gewerkschafter. Im Jahre 1934 wurde er zum Vorsitzenden der AFL des Staates New York gewählt. Diesen Posten bekleidete er bis zu seiner Berufung zum Hauptkassierer des Verbandes. Während des Krieges war Meany Mitglied verschiedener Regierungsausschüsse, die im Zusammenhang mit der Durchführung des amerikanischen Verteidigungsprogramms gebildet worden waren. Er gehörte auch der den Präsidenten Roosevelt beratenden Gewerkschaftsgruppe an. Meany unterscheidet sich von Green vor allem dadurch, daß er für eine politische Aktivierung der AFL eintritt. Meany brachte den Beschluß der AFL zustande, den demokratischen Kandidaten Stevenson im Wahlkampf zu unterstützen. Auf einer Presse-

konferenz in Washington hat Meany kurz nach seiner Wahl Ausführungen über die internationale Tätigkeit der AFL gemacht. Er sagte u. a., in Frankreich sei es mit finanzieller Unterstützung der AFL gelungen, den kommunistischen Gewerkschaftsbund CGT zu spalten und ihm 40 vH seiner Mitglieder zu entziehen. Die amerikanischen Gewerkschaften seien daran interessiert, daß in jedem Land der Welt freie Gewerkschaften bestünden. Freie Gewerkschaften seien eine gewisse Garantie für die Demokratie.

AFL zur deutschen Mitbestimmung

Um die Forderungen der deutschen Gewerkschaften zur Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes zu diskreditieren, weisen gewisse Unternehmerkreise immer wieder auf die Haltung der amerikanischen Gewerkschaftsverbände hin. Sie versuchen dabei den Eindruck zu erwecken, als ob der CIO und die AFL Gegner der Mitbestimmung wären und die deutsche Arbeiterbewegung mit ihren Bestrebungen sogar im Gegensatz zu den Ansichten ihrer Schwesterorganisationen stehe. Um solchen falschen Behauptungen ein für allemal den Boden zu entziehen, hat George Meany in seiner Eigenschaft als Präsident der AFL an den Vorsitzenden des DGB ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt: „Es wurde uns bekannt, daß bestimmte Arbeitgebergruppen in Ihrem Land die Haltung der AFL zur Mitbestimmung falsch dargestellt haben. Die AFL sprach sich niemals gegen die Mitbestimmung in Deutschland aus. Wir stehen eindeutig zur Entscheidung des zweiten Weltkongresses des IBFG, Mailand 1951, dessen Erklärung mit unserem Einverständnis formuliert wurde: ‚Mit besonderem Interesse begrüßt der Kongreß die Aktionen der Gewerkschaften solcher Länder, welche das Recht der Arbeiter auf Mitbestimmung in den Unternehmungen und Industrien für alle sozialen und wirtschaftlichen Belange durchsetzen. Wir beglückwünschen diese Gewerkschaften zu den Erfolgen, welche sie bereits erzielt haben, und wir unterstützen solche Forderungen, wenn sie zur Zeit nicht durchgesetzt sind.‘

Die AFL fordert für die Vereinigten Staaten keine Mitbestimmungsgesetze. Wir sind in der Lage, die Interessen der Arbeitnehmerschaft durch die Stärke unserer Kollektiv-Verträge zu schützen und durchzusetzen. Wir können jedoch vollauf verstehen, daß Ihre Organisation entschlossen ist, von dem Mitbestimmungsrecht Gebrauch zu machen als einem Mittel, das sich gegen die Versuche der Großindustrie und der Finanzmagnaten wendet, ihre dominierende Position im deutschen Wirtschaftsleben wieder aufzubauen. Weiterhin ist sich die AFL durchaus darüber klar, daß die Stärke der Großindustrie und deren Machtzusammenballung, durch welche seinerzeit die Nazi-partei finan-

ziert wurde — und damit das Hitlerregime —, im Interesse des Weltfriedens und der Demokratie kontrolliert werden muß.

Wir können gar nicht genug unsere Solidarität mit der großen und freien deutschen Gewerkschaftsbewegung erklären. Solche Kräfte, die uns zu spalten versuchen, sind zum Scheitern verurteilt. Die deutschen Verhältnisse unterscheiden sich von denen der Vereinigten Staaten. Der DGB ist eine echte und vitale freie Gewerkschaftsbewegung, und er ist am besten geeignet, Politik und Taktik zur Sicherung und Durchsetzung der Interessen der arbeitenden Menschen in Deutschland zu bestimmen.“

Der neue US-Arbeitsminister

Martin P. Durkin, der von Eisenhower zum Arbeitsminister ernannt wurde, ist Präsident der Klempnergewerkschaft, Vizepräsident der katholischen Konferenz für Industrieprobleme und Direktor einer gewerkschaftlichen Lebensversicherung. Er war der breiten Öffentlichkeit in den USA bisher wenig bekannt. 1894 wurde er in Chicago geboren und erlernte den Beruf eines Heizungsmonteurs. 1921 wählte man ihn zum Sekretär einer Bezirksgruppe der Klempnergewerkschaft in Chicago. Diese Funktion übte er 20 Jahre lang aus. Dann wurde er Hauptkassierer seines Verbandes. Von 1933 bis 1941 war er neben seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit Leiter der Behörde für Arbeitsfragen des Staates Illinois und im zweiten Weltkrieg Mitglied des Nationalen Kriegsamtes für Arbeitsfragen. Die Ernennung wurde von den amerikanischen Gewerkschaften sehr lebhaft begrüßt, während Senator Taft von einer „unglaublichen“ Entscheidung und einer Beleidigung der Millionen Demokraten sprach, die für Eisenhower gestimmt haben. Inzwischen hat Taft seinen Ton aber wesentlich gemildert und sich sogar bereit erklärt, mit dem Anhänger der Demokratischen Partei im republikanischen Kabinett zusammenzuarbeiten.

Tunesien

Die Ermordung des tunesischen Gewerkschaftsführers *Herbat Hached* hat in der ganzen Welt Aufsehen erregt. Hached gehörte zu den treibenden nationalistischen Kräften, die den Bey von Tunis zu seiner Politik des passiven Widerstandes gegen Frankreich ermuntert hatten. Er ist 1944 als Gründer eines Gewerkschaftsbundes hervorgetreten, der auf die Sammlung aller nichtkommunistischen Arbeiter ausging. Daraus entwickelte sich die „Union Generale Tunisienne du Travail“ (UGTT). Hached wurde ihr Generalsekretär und nach dem Beitritt des Verbandes zum IBFG stellvertretendes Mitglied für Afrika im

Exekutivausschuß. Seit den drakonischen Maßnahmen der französischen Regierung gegen die Nationalistenbewegung verstärkte sich sein Einfluß immer mehr. Er galt als die Seele des tunesischen Widerstandes gegen Frankreich.

Der IBFG hat zu der Ermordung Hacheds eine Erklärung abgegeben, in der es u. a. heißt: „Der IBFG hat ständig den gerechten Kampf der tunesischen Gewerkschaften zur Erlangung einer Selbstverwaltung für ihr Volk unterstützt. Ferhat Hached, der von den tunesischen Arbeitnehmern geliebt und respektiert wurde, war der leitende Pol in diesem Kampf. Ungeachtet des schweren Verlustes, den die tunesischen Gewerkschaften erlitten haben, wird der Kampf weitergehen und weiterhin die aus ganzem Herzen kommende Unterstützung der internationalen freien Gewerkschaftsbewegung erhalten.“

Auf der 8. Tagung des Exekutivausschusses des IBFG Anfang Dezember 1952 in New York wurden Vorschläge zur Lösung der Krise in Tunesien vorgelegt. Als unmittelbare Maßnahmen zur Milderung der Spannung und zur Schaffung einer Atmosphäre, die fruchtbare Verhandlungen begünstigt, schlägt der IBFG vor: Aufhebung des Belagerungszustandes, Wiederherstellung der freien Meinungsäußerung und der Versammlungsfreiheit, Freilassung aller Personen, die im Verfolg der französisch-tunesischen Krise verbannt, verhaftet oder interniert wurden, Aufhebung der Internierungslager und die Wiedereinstellung aller entlassenen Arbeiter. Weiterhin wird die Bildung einer wirklich repräsentativen Regierung durch den Bey ohne Einmischung der französischen Behörden in die Auswahl der Minister gefordert. Bei der Zusammensetzung der Regierung müsse der Bey dafür Sorge tragen, daß sie ein Höchstmaß an Vertrauen bei der tunesischen öffentlichen Meinung besitzt.

Gegen Jouhaux's kämpferische Demokratie

Die New-Yorker Konferenz des IBFG hat sich scharf gegen die von *Leon Jouhaux* gegründete Vereinigung „Kämpferische Demokratie“ ausgesprochen. Der Zwiespalt beruht darauf, daß die „Democratie combattante“ sich bisher weigerte, das Recht demokratischer Staaten anzuerkennen, sich hinreichend gegen die Gefahr drohender Aggressionen zu schützen. *Hans Gottfurcht* sagte in einem Kommentar zu dem Beschluß des Exekutivausschusses: Wir haben die Jouhaux-Bewegung abgelehnt, weil wir der Meinung sind, daß es sich um eine Bewegung handelt, die als eine der sogenannten Friedensbewegungen ausgenutzt und mißbraucht werden könnte, und weil uns einige Elemente, die dort mitarbeiten, zu zweifelhaft erscheinen, um uns mit ihnen einzulassen.